

Inhaltsübersicht

Vorwort — V

Einleitung — 1

1. Teil: Die Grundlagen der Untersuchung

§ 1 Die funktionelle Identität der bürgerlich-rechtlichen und der gesellschaftsrechtlichen Entlastung — 5

§ 2 Die Sonderstellung der aktienrechtrechtlichen Entlastung — 56

§ 3 Die verschiedenen Begründungsansätze zur dogmatischen Konstruktion des Rechtsverlusts — 103

2. Teil: Die Entlastung als rechtsgeschäftlicher Verzicht

§ 4 Der Verzichtswille des Geschäftsführers — 128

§ 5 Der Vertragsschluss mit dem Geschäftsführer — 205

§ 6 Die Besonderheiten des Gesellschaftsrechts — 244

3. Teil: Die Entlastung und das Verbot widersprüchlichen Verhaltens

§ 7 Der Rechtsverlust als Folge einer Bindung kraft zurechenbar veranlassten Vertrauens — 261

§ 8 Der Rechtsverlust als Folge einer Obliegenheitsverletzung — 323

§ 9 Zusammenstellung der wesentlichen Ergebnisse — 332

Literaturverzeichnis — 343

Inhalt

Einleitung — 1

1. Teil: Die Grundlagen der Untersuchung

§ 1 Die funktionelle Identität der bürgerlich-rechtlichen und der gesellschaftsrechtlichen Entlastung — 5

- I. Die Entlastung im Bürgerlichen Recht — 6
 1. Die Rechenschafts- und Rechnungslegungspflicht des Geschäftsführers nach Ausführung der Geschäfte — 6
 2. Die Rechtsfolgen abgelegter Rechenschaft für die Haftung des Geschäftsführers — 8
 - a) Die Darlegungs- und Beweislast des Geschäftsführers im Ersatzprozess — 8
 - b) Die Gefahr der Beweisnot vor Ablauf der Verjährungsfrist — 11
 - c) Die Möglichkeit einer negativen Feststellungsklage — 13
 3. Die Erweiterung des Rechenschaftsvorgangs um die Entlastungserklärung des Geschäftsherrn — 13
 4. Das Fehlen eines Anspruchs des Geschäftsführers auf Entlastung — 16
 5. Zusammenfassung — 18
- II. Die Entlastung im Gesellschaftsrecht — 19
 1. Die Entlastung als Schlusspunkt des Rechenschaftsvorgangs — 20
 - a) Aktiengesellschaft — 21
 - b) Genossenschaft — 22
 - c) Gesellschaft mit beschränkter Haftung — 23
 - d) Eingetragener Verein — 25
 - e) Rechtsfähige Stiftung — 26
 - f) Personengesellschaften — 27
 - g) Wohnungseigentümergemeinschaft — 27
 2. Die Rechtsfolgen der Entlastung — 30
 - a) Verlust bekannter und erkennbarer Ersatzansprüche — 30
 - b) Erstreckung auf Gestaltungsrechte wegen pflichtwidriger Geschäftsführung — 32
 - c) Kein Ausschluss unverzichtbarer Ansprüche — 33

3. Das Fehlen eines Anspruchs auf Entlastung — 34
4. Zusammenfassung — 35

III. Die Gründe für ein einheitliches Verständnis der bürgerlich-rechtlichen und der gesellschaftsrechtlichen Entlastung — 36

1. Die besondere Ausgestaltung der Gesellschaftsorganisation und ihre Auswirkungen auf die Entlastung — 36
2. Die besondere Ausgestaltung der Geschäftsführung und ihre Auswirkungen auf die Entlastung — 38
 - a) Periodizität von Rechenschaft und Entlastung — 38
 - b) Regelmäßige Entscheidung über die Entlastung — 40
3. Die Unterscheidung zwischen der Billigung der Rechnungslegung und der Billigung der Geschäftsführung — 42
4. Zusammenfassung — 44

IV. Die rechtlichen Folgen des funktionellen Zusammenhangs von Rechenschaft und Entlastung — 45

1. Die Erkennbarkeit für den Geschäftsherrn — 46
 - a) Keine Beschränkung auf schriftliche erteilte Informationen — 46
 - b) Die Beschränkung auf kollektive Informationsvorgänge — 47
 - c) Der »lebensnahe vernünftige Maßstab« — 48
2. Die »private« Kenntnis des Geschäftsherrn — 50
3. Die beschränkte Klarstellungswirkung der Entlastung und die Generalbereinigung — 53
4. Zusammenfassung — 54

§ 2 Die Sonderstellung der aktienrechtlichen Entlastung — 56

- I. Die Entlastung bei der Aktiengesellschaft — 56
 1. Die historische Entwicklung der aktienrechtlichen Entlastung — 57
 - a) Das Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 — 57
 - b) Das Aktiengesetz vom 30. Januar 1937 — 58
 - c) Das Aktiengesetz vom 6. September 1965 — 64
 2. Die Funktionen des § 120 Abs. 2 Satz 2 AktG — 64
 - a) Die Klarstellungs- und Vereinheitlichungsfunktion des § 120 Abs. 2 Satz 2 AktG — 64
 - b) Der Funktionswandel der aktienrechtlichen Entlastung und dessen Absicherung durch § 120 Abs. 2 Satz 1 AktG — 66
 - c) Die Akzentuierung der Organhaftung durch § 120 Abs. 2 Satz 2 AktG — 71

3. Die Folgerungen für die Auslegung des § 120 Abs. 2 Satz 2 AktG — 72	
a) Kein Verlust von Ersatzansprüchen — 73	
b) Keine Umkehr der Darlegungs- und Beweislast — 74	
c) Kein Verlust von Gestaltungsrechten — 74	
4. Die Folgerungen für den gewollten Rechtsverzicht nach dem Ablauf der Sperrfrist — 75	
5. Zusammenfassung — 76	
II. Die Entlastung im Genossenschaftsrecht — 77	
1. Die historische Entwicklung der Entlastung im Genossenschaftsrecht — 77	
a) Der Referenten-Entwurf vom 28. Februar 1962 — 78	
b) Die Reform des Genossenschaftsrechts vom 9. Oktober 1973 — 79	
c) Die Reform des Genossenschaftsrechts vom 14. August 2006 — 80	
2. Die Folgerungen für eine analoge Anwendung des § 120 Abs. 2 Satz 2 AktG — 83	
a) Die analoge Anwendung des § 93 Abs. 4 Satz 3 AktG? — 83	
b) Die analoge Anwendung des § 120 Abs. 2 Satz 2 AktG? — 84	
3. Zusammenfassung — 89	
III. Die Entlastung bei der GmbH ohne Aufsichtsrat — 90	
1. Die historische Entwicklung der Entlastung im GmbH-Recht — 90	
a) Der Entwurf der »großen GmbH-Reform« von 1971/1973 — 91	
b) Die GmbH-Novelle von 1980 — 92	
2. Die Folgerung für eine analoge Anwendung des § 120 Abs. 2 Satz 2 AktG — 93	
IV. Die Entlastung bei der GmbH mit Aufsichtsrat — 94	
1. Die historische Entwicklung der Entlastung im GmbH-Recht — 94	
a) Die GmbH mit fakultativem Aufsichtsrat — 95	
b) Die GmbHG mit obligatorischem Aufsichtsrat — 96	
2. Die Folgerungen für die analoge Anwendung des § 120 Abs. 2 Satz 2 AktG — 99	
a) Die entsprechende Geltung des § 93 Abs. 4 Satz 3 AktG kraft gesetzlicher Verweisung — 99	
b) Die analoge Anwendung des § 120 Abs. 2 Satz 2 AktG — 101	
3. Zusammenfassung — 101	

§ 3 Die verschiedenen Begründungsansätze zur dogmatischen Konstruktion des Rechtsverlusts — 103
I. Der historische Ausgangspunkt — 103
1. Die Entlastung des Verwalters fremder Sachen und Güter durch Erteilung einer Quittung — 103
2. Die Entlastung des Vormunds durch Erteilung einer Quittung — 105
3. Das Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs — 106
II. Die Grundüberlegung zur Rechtfertigung des Anspruchsverlusts — 106
1. Die Bindung des Geschäftsherrn kraft Rechtsgeschäfts — 108
2. Die Bindung des Geschäftsherrn kraft schutzwürdigen Vertrauens — 109
3. Die Bindung des Geschäftsherrn als Folge der Verletzung einer im eigenen Interesse bestehenden Obliegenheit — 110
III. Die Entwicklung des Meinungsstands seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs — 112
1. Die Deutung der Entlastung als vertraglicher Verzicht — 112
2. Die »Verzichtswirkung« der gesellschaftsrechtlichen Entlastung — 114
3. Der Rechtsverlust als gesetzliche »Präklusionsfolge« der Entlastung — 118
IV. Zusammenfassung — 122

2. Teil: Die Entlastung als rechtsgeschäftlicher Verzicht

§ 4 Der Verzichtswille des Geschäftsführers — 128
I. Der abstrakte Anspruchsverzicht des § 397 BGB — 129
1. Abstraktion und Rechtsgrund — 130
2. Verzichtswille und Feststellungswille bei § 397 BGB — 131
a) Der Erlass, der Eventualerlass und das konstitutive negative Schuldanerkenntnis — 132
b) Das deklaratorische negative Schuldanerkenntnis — 140
c) Zusammenfassung — 157
3. Die Auslegungskriterien für die Abgrenzung zwischen Verzichts- und Feststellungswillen — 158
a) Die Zulässigkeit des Nebeneinanders von konstitutivem Anspruchsverzicht und negativem Schuldanerkenntnis — 158

- b) Die allgemeinen Auslegungskriterien zur Ermittlung des Verzichtswillens — 160
- c) Zusammenfassung — 166
- 4. Die Anwendung der allgemeinen Grundsätze der §§ 397, 516 BGB auf die Entlastung — 166
 - a) Die Vorgaben für die Auslegung der Entlastungserklärung des Geschäftsherrn — 166
 - b) Die Relevanz der objektiv-normativen Auslegung — 167
- 5. Die Entlastung in Kenntnis von Ersatzansprüchen — 168
 - a) Die Billigung der Geschäftsführung in Kenntnis von Ersatzansprüchen — 168
 - b) Die durch Rechenschaft vermittelte Kenntnis — 169
 - c) Die private Kenntnis des Geschäftsherrn — 172
 - d) Der Rechtsgrund der Entlastung bei Kenntnis von Ersatzansprüchen — 172
 - e) Zusammenfassung — 176
- 6. Die Entlastung in Unkenntnis von Ersatzansprüchen — 176
 - a) Die Beschränkung der Entlastung auf die aus der Rechenschaft erkennbare Geschäftsführung — 177
 - b) Die Billigung der Geschäftsführung in Unkenntnis von Ersatzansprüchen — 177
- 7. Zusammenfassung — 200

II. Der kausale Anspruchsverzicht nach § 311 Abs. 1 BGB — 201

III. Der Anspruchsverlust als Folge einer Genehmigung der Geschäftsführung — 202

§ 5 Der Vertragsschluss mit dem Geschäftsführer — 205

- I. Die Relevanz der Fragestellung — 205
 - 1. Erklärungen des Geschäftsführers im Vorfeld der Entlastung — 206
 - 2. Dankesbekundungen des Geschäftsführers — 208
 - 3. Das Schweigen des Geschäftsführers — 210
- II. Die Ausweitung des Blickwinkels — 211
 - 1. Die aufgedrängte Entlastung — 212
 - a) Die Entwertung der Entlastung durch die Mitwirkung des Geschäftsführers beim Rechtsverzicht? — 212
 - b) Das denkbare Interesse des Geschäftsherrn an der Aufdrängung der Entlastung — 213
 - c) Die mangelnde praktische Relevanz des Aufdrängungsarguments — 214

2. Das Vertragsprinzip des § 397 BGB — 215
 - a) Die formal-juristische Betrachtungsweise des historischen Gesetzgebers — 216
 - b) Die Kritik an der Sichtweise des historischen Gesetzgebers — 217
 - c) Die Argumente für die Rechtfertigung des Vertragsprinzips — 218
 - d) Die Argumente für die Rechtfertigung des einseitigen Rechtsverzichts — 219
3. Das Vertragsprinzip des § 516 BGB — 220
 - a) Der Rechtsgrund des Anspruchsverzichts — 221
 - b) Der Gleichlauf von Anspruchsverzicht und Schenkung — 222
 - c) Das dogmatische Problem — 223
4. Die Entlastung als Paradigma — 224

III. Die Behandlung des Schweigens auf ein rechtlich lediglich vorteilhaftes Vertragsangebot am Beispiel der Entlastung — 225

1. Die gesetzliche Wertung des § 516 Abs. 2 BGB — 225
 - a) Die Behandlung des Schweigens in § 516 Abs. 2 BGB — 226
 - b) Die Kritik am Regelungskonzept des § 516 Abs. 2 BGB — 230
 - c) Der allgemeine Rechtsgedanke des § 516 Abs. 2 Satz 2 BGB — 233
2. Die Entlastung in Abwesenheit des Geschäftsführers — 235
 - a) Die Regelung des § 151 Satz 1 BGB — 235
 - b) Die Stellungnahmen im Schrifttum — 238
 - c) Zusammenfassung — 239
3. Die Entlastung in Anwesenheit des Geschäftsführers — 240

IV. Zusammenfassung — 241

§ 6 Die Besonderheiten des Gesellschaftsrechts — 244

- I. Die Entbehrlichkeit der Mitwirkung des Vertretungsorgans nach der herrschenden Entlastungssicht — 244
 1. Die organschaftliche Deutung der Entlastung — 245
 2. Der nichtrechtsgeschäftliche Lösungsansatz — 246
- II. Die Annexkompetenz der Gesellschafterversammlung beim Verzicht auf Ersatzansprüche — 247
 1. Der Verzicht auf Ersatzansprüche bei Verbänden ohne Aufsichtsrat — 248
 2. Der Verzicht auf Ersatzansprüche bei Verbänden mit Aufsichtsrat — 249
 3. Zusammenfassung — 252
- III. Das Verhältnis zwischen dem Entlastungsbeschluss und dem Ausführungsgeschäft — 253

IV. Die Bewertung der Leistungsfähigkeit der vertraglichen Deutung der Entlastung — 254

3. Teil: Die Entlastung und das Verbot widersprüchlichen Verhaltens

§ 7 Der Rechtsverlust als Folge einer Bindung kraft zurechenbar veranlassten Vertrauens — 261

- I. Die dogmatischen Grundlagen des Vertrauenschutzes — 263
 - 1. § 242 BGB als »offener Tatbestand« — 263
 - 2. Präzisierung mittels eines »beweglichen Systems« — 264
 - a) Die allgemeinen Merkmale des Vertrauenschutzes — 265
 - b) Das Erfordernis einer »Interessenabwägung« — 266
 - c) Die prinzipielle Gleichwertigkeit von Rechtsbegründung und Rechtsverlust — 266
 - 3. Zwischenergebnis und Prüfungsansatz — 268
- II. Das vertrauensbegründende Verhalten — 269
 - 1. Der Ausspruch der Entlastung als Vertrauenstatbestand — 269
 - a) Die Erklärung der Entlastung — 270
 - b) Der Beschluss über die Entlastung — 270
 - c) Die Kenntnis des Geschäftsführers von der Entlastung — 270
 - 2. Das Unterlassen der Anspruchsgeltendmachung — 271
 - 3. Das Unterlassen »vertrauenshindernder Handlungen« — 272
- III. Das schutzwürdige Vertrauen des Geschäftsführers und die Zurechenbarkeit des Vertrauenstatbestands — 273
 - 1. Die beiden zentralen Kategorien des Vertrauenschutzes — 273
 - a) Das Vertrauen auf ein künftiges Verhalten — 273
 - b) Das Vertrauen auf eine vermeintliche Rechtslage — 274
 - 2. Die Bestimmung der Reichweite des Vertrauenstatbestands durch Auslegung — 275
 - 3. Die Entlastung in Kenntnis von Ersatzansprüchen — 276
 - a) Die Bedenken gegen den bisherigen Erklärungsansatz — 276
 - b) Der denkbare Lösungsansatz — 285
 - c) Zusammenfassung — 294
 - 4. Die Entlastung bei Erkennbarkeit von Ersatzansprüchen — 296
 - a) Die herrschende Sichtweise — 297
 - b) Die kritischen Stellungnahmen im Schrifttum — 300
 - c) Die Bewertung des Meinungstands — 302

IV. Die Bewertung der Leistungsfähigkeit des vertrauensbasierten Entlastungsmodells — 317

§ 8 Der Rechtsverlust als Folge einer Obliegenheitsverletzung — 323

- I. Die Lehre von den Obliegenheiten — 324
 - 1. Der Streit über die Rechtsnatur der Obliegenheiten — 324
 - 2. Das Verhältnis zum Verbot widersprüchlichen Verhaltens — 325
 - 3. Die Möglichkeit der dogmatischen Begründung ungeschriebener Obliegenheiten — 327
- II. Die Begründung einer Prüfobliegenheit kraft Gewohnheitsrechts — 329

§ 9 Zusammenstellung der wesentlichen Ergebnisse — 332

- I. Die Grundlagen der Untersuchung — 332
- II. Die Entlastung als rechtsgeschäftlicher Verzicht — 334
- III. Die Entlastung und das Verbot widersprüchlichen Verhaltens — 337

Literaturverzeichnis — 343